

**Protokoll
über die 19. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 10.11.2005**

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Ort: Sozialkaufhaus (17.00 Uhr, Keplerstraße 24),
Internationaler Bund IB (18.00 Uhr, Keplerstraße 23)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna	Die Linkspartei.PDS
Lüdtke, Hannelore	SPD
Meslien, Daniel	SPD
Nagel, Cornelia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian	CDU
Woywode, Robert	CDU

stellvertretende Mitglieder

Leppin, Patricia	Unabhängige Bürger
Marksteiner, Klaus	Die Linkspartei.PDS
Schulz, Andreas	Die Linkspartei.PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter

Verwaltung

Block, Steffen
Junghans, Hermann
Selke, Achim
Steinbart, Sabine
Subke, Bärbel

Leitung: Erika Sembritzki
Schriftführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschriften
 - 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 17. Sitzung vom 13.10.2005 (Sondersitzung)
 - 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 18. Sitzung vom 20.10.2005 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Erläuterungen zur beabsichtigten Ausgestaltung des Kinder- und Jugendhilfezentrums des Internationalen Bundes (IB) in der Keplerstraße zu einem Bürgerzentrum für die Bewohner des Mueßer Holz
5. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
 - 5.1. Umsetzung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II
 - 5.2. Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 23 Abs. 3 SGB II (Anlage)
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet in den Räumlichkeiten des IB die 19. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Tagesordnung ist fristgemäß zugegangen. Änderungen zur Tagesordnungen werden nicht angemeldet.

Beschluss:

Der Tagesordnung wird ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschriften**

zu 2.1 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 17. Sitzung vom 13.10.2005 (Sondersitzung)**

Bemerkungen:

Herr Woywode bittet, den letzten Satz im Tagesordnungspunkt 2 ersatzlos zu streichen.

Herr Meslien schlägt vor, den Satz wie folgt zu ändern:

"Das Verhalten der Verwaltung wird von der Mehrheit des Ausschusses als Affront empfunden."

Beschluss:

Die Mehrheit der Ausschussmitglieder spricht sich dafür aus, den letzten Satz wie folgt zu ändern: "Das Verhalten der Verwaltung wird von der Mehrheit des Ausschusses als Affront empfunden."

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	0

zu 2.2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 18. Sitzung vom 20.10.2005 (öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Herr Woywode weist darauf hin, dass er die Niederschrift nicht erhalten hat.

Beschluss:

Die Niederschrift wird ohne Änderungen bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

- Gemeinschaftsunterkunft Görries
Herr Junghans informiert über die Absicht der Verwaltung, die Gemeinschaftsunterkunft in Görries zu schließen und begründet dies mit der geringen Auslastung aufgrund der zurückgegangenen Zuwanderung. Es wird auch in den kommenden Jahren mit keiner Änderung dieser Situation gerechnet. Darüber hinaus soll damit die Verbesserung der Integration erreicht werden.
Die Planung sieht vor, bei der Unterbringung von Asylbewerbern freie Kapazitäten anderer Gebietskörperschaften zu nutzen. Für jüdische Emigranten wird bis zur Versorgung mit eigenem Wohnraum eine Übergangswohnung bereitgestellt. Die damit verbundenen Kosten werden vom Land erstattet.
Der Betreibervertrag wurde zwischenzeitlich gekündigt, so dass die Schließung der Unterkunft zum 31.05.2006 möglich ist.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information wohlwollend zur Kenntnis.

- Beantwortung der Fragen von Frau Dr. Bank aus der 18. Sitzung des Ausschusses am 20.10.2005

siehe Anlage

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 4 Erläuterungen zur beabsichtigten Ausgestaltung des Kinder- und Jugendhilfezentrums des Internationalen Bundes (IB) in der Keplerstraße zu einem Bürgerzentrum für die Bewohner des Mueßer Holz

Bemerkungen:

Die Mitarbeiterin des IB, Frau Ullrich, knüpft an die Ausführungen in der Sitzung am 20.10.2005 an und informiert zum einen über die vorgesehenen Umbauarbeiten und zum anderen über die beabsichtigte Erweiterung der Angebote des IB.

Herr Blumtritt kündigt an, im I. Quartal 2006 alle in den Stadtteilen Großer Dreesch, Neu Zippendorf und Mueßer Holz tätigen Träger zu einem Erfahrungsaustausch in das Haus der Begegnung einladen zu wollen. Der Ausschuss unterstützt diese Initiative ausdrücklich und ist am Ergebnis sehr interessiert.

Herr Baumotte erinnert an seine Anfrage aus der letzten Sitzung in Bezug auf die Beschlussvorlage "Ausgestaltung des Kinder- und Jugendhilfezentrums des IB (DS 00566/2005).

Herr Block als Vertreter der Verwaltung teilt dazu mit, dass die Landeshauptstadt Schwerin Träger der Jugendhilfe ist und bleibt und es sich nur um ein sprachliches Versehen handelt. Auf Wunsch des Ausschusses soll die Beschlussvorlage vor Beschlussfassung in der Stadtvertretung entsprechend geändert werden.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Erläuterungen zur Kenntnis.

zu 5 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

zu 5.1 Umsetzung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II

Bemerkungen:

Die Vertreter der Verwaltung machen zu Beginn ihrer Ausführungen deutlich, dass die am 07.11.2005 in Kraft getretene Richtlinie zu Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II weitgehend der Beschlussempfehlung der Stadtvertretung folgt. Eine Gegenüberstellung der Angemessenheitsgrenzen wird den Ausschussmitgliedern während der Sitzung übergeben.

Ziel ist es, bis Ende der nächsten Woche gemeinsam mit der ARGE ein Bearbeitungskonzept zu erstellen.

Zur Einordnung der Bedarfsgemeinschaften soll eine tabellarische Übersicht mit folgendem Inhalt erstellt werden:

- Aufwendungen liegen über den Angemessenheitsgrenzen der Empfehlung der Stadtvertretung
- Aufwendungen liegen unterhalb der Angemessenheitsgrenzen der Empfehlung der Stadtvertretung, aber über den Grenzen der von der Verwaltung erlassenen Richtlinie
- Aufwendungen liegen unterhalb der Grenzen der von der Verwaltung erlassenen Richtlinie

Die Verwaltung wird den Prozess begleiten und bildet zu diesem Zweck eine Projektgruppe unter der Leitung des Leiters des Amtes für Soziales und Wohnen. In der Projektgruppe sollen Vertreter der ARGE und der Verwaltung mitarbeiten. Die Verwaltung sichert die regelmäßige Berichterstattung über die Ergebnisse im Ausschuss für Soziales und Wohnen zu.

Die Verwaltung bereitet derzeit ein Pressegespräch vor. Geplant ist weiterhin die Herausgabe eines Merkblattes für die Bürger, das u. a. in der Hauspost veröffentlicht werden soll.

Das von Herrn Prof. Dr. Dr. Klammt inhaltlich wiedergegebene Gespräch zur Angemessenheit von Wohnraum, das in den Räumen der ARGE geführt wurde, und die dazu an die ARGE formulierten Fragen bilden die Grundlage für eine ausführliche Diskussion über den Umgang der ARGE-Mitarbeiter mit den Bürgern. Es werden verschiedene Vorschläge unterbreitet, die dazu beitragen sollen, die Situation zu entschärfen: Einführung eines Kummerkastens, Durchführung öffentlicher Sprechstunden oder der operative Einsatz in der ARGE durch die Ausschussmitglieder.

Im Ergebnis der Diskussion wird die Verwaltung gebeten, schnellstmöglich einen Gesprächstermin mit dem Geschäftsführer der ARGE und Vertretern der Fraktionen zu vereinbaren, in dem sich mit der konkreten Arbeitsweise der

Mitarbeiter auseinandergesetzt werden soll.

Die Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II wird dem Protokoll beigelegt.

Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgelegten Angemessenheitsgrenzen der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II werden zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 23 Abs. 3 SGB II (Anlage)

Bemerkungen:

Die Verwaltung erläutert die Richtlinie zur Bestimmung der Leistung nach § 23 Abs. 3 SGB II und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder. Bei der Ermittlung der Beträge wurden einerseits die Angebote von Möbelbörse und Versandhäusern zu Grunde gelegt, andererseits wurde auf die Erfahrungswerte aus der Anwendung des BSHG zurückgegriffen.

Die derzeitige Inanspruchnahme deutet darauf hin, dass die für das Haushaltsjahr geplanten Mittel ausreichen werden.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 23 Abs. 3 SGB II zur Kenntnis.

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Informationen zum Thema Haushalt 2006, insbesondere zur Fördermittelvergabe einschließlich der Bereitstellung der aktuellen Übersicht, werden von der Ausschussvorsitzenden für die nächste Sitzung angekündigt. Die von Herrn Meslien angesprochenen Aktivitäten des Innenministeriums - den Haushalt 2006 betreffend - wurden seitens der Verwaltung bereits einer rechtlichen Prüfung und Bewertung unterzogen und haben keine Auswirkungen auf die Fördermittelvergabe.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende

gez. Katy Berend

Protokollführer